

Smells like Team Spirit

Ein Definitions-Versuch über politische Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit

Politische Bildung im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit ist ein segmentiertes Feld. Die Jugendverbände besetzen zumindest proklamatorisch den Bereich der (politischen) Jugendbeteiligung. Die spezialisierte politische Jugendbildungsszene diskutiert auf eigenem Terrain. Und die übrige, vor allem die Offene Kinder- und Jugendarbeit, hat sich theoretisch wie praktisch von ihrem politischen, emanzipatorischen Anspruch der 1980er-Jahre entfernt und füllt, wenn auch nicht ganz freiwillig, sozialpolitische Lücken. Erst in letzter Zeit werden von Theorievertreter_innen die Bemühungen der 1990er- Jahre, eine Theorie der Jugendarbeit zu entwickeln, der politische Bildungsgelegenheiten inhärent sind, wieder aufgenommen. Gäbe es eine Chance, eine selbstbewusste politische Jugendbildungsarbeit aufzustellen, dann liegt sie in einer Selbstvergewisserung auf Gemeinsamkeiten. Versuchen wir es mal ...

Es brennt. Bundesländer und Kommunen legen „Feuerwehrtöpfe“ auf, das BMFSFJ will mit „Demokratie leben!“ ein „vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander“ fördern, die Kultusministerkonferenz (KMK) denkt über eine Erneuerung des „Beschlusses zur Stärkung der Demokratieerziehung“ vom 6. März 2009 nach, die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) erklärt die „politische Bildung junger Menschen“ zum „zentralen Auftrag für die Jugendarbeit“. Und auch der 15. Kinder- und Jugendbericht liefert einen Kick, um Thema und Trägerszene zu pushen: „Um Jugendliche in ihren Lebenswelten zu erreichen, demokratieförderndes Verhalten zu stärken und Radikalisierung präventiv zu begegnen, werden vielfältige Ansätze der politischen Bildung und der Stärkung der Zivilgesellschaft benötigt. Der 15. Kinder- und Jugendbericht plädiert mit Nachdruck für eine ernsthafte, nachhaltige, deutlich verstärkte politische Bildung und Demokratiebildung im Jugendalter.“ (1)

MEHR POLITISCHE BILDUNG – ABER WELCHE?

Politische Bildung hat Konjunktur. Leider folgt diese nicht der Einsicht in die generelle Notwendigkeit, dass Menschen lernen sollten, politische Sachverhalte zu verstehen und kritisch zu hinterfragen sowie ihr Leben in der Gesellschaft aktiv mitzubestimmen. Viel mehr wird sie bedingt durch eine aktuell brisante gesellschaftliche Situation, in der antidemokratische und menschenfeindliche Positionen die öffentliche Auseinandersetzung um politische Entscheidungen prägen. Und wie das eben so ist bei Themen-Konjunkturen, sind sich scheinbar viele einig, worum es gehen soll, um „mehr“ politische Bildung, vor allem um die Abwehr demokratiefeindlicher Attacken. Logisch, dass dabei alle mitmachen sollen und wollen. It smells like Team Spirit.

Ist das so? der 15. Kinder- und Jugendbericht scheint zumindest bezüglich der Kinder- und Jugendarbeit Zweifel zu hegen: „Inwiefern Kinder- und Jugendarbeit ein besonderer Ort der politischen Bildung ist bzw. unter welchen Bedingungen sie es sein könnte, bleibt (...) weitgehend ungeklärt“, steht da auf Seite 424. Und weiter: „Ein Grund hierfür liegt sicherlich darin, dass es keine weithin anerkannte Definition bzw. ein Verständnis darüber gibt, was politische Bildung ist, kann und soll. Der Begriff politische Bildung umfasst ein weites Bedeutungsfeld und ist innerhalb der Kinder- und Jugendarbeit mit sehr heterogenen Inhalten verknüpft.“

Wären tatsächlich die Inhalte gemeint, wäre das angesichts vielfältiger politischer Themen sicher kein Makel. Tatsächlich aber gibt es viele unterschiedliche Vorstellungen davon, was „politische Bildung“ ist, und nicht alle sind miteinander vereinbar. Davon zeugen die unterschiedlichen Etiketten wie „Demokratiebildung“ (eher ein politischer Kunstbegriff, um die Dringlichkeit zu verdeutlichen), „Demokratieerziehung“ oder „Demokratiepädagogik“ (beides Begriffe aus der Schulentwicklung) oder „Demokratieförderung“, mit ganz allgemein die Förderung des oben benannten „Miteinanders“ gemeint ist.

PARAMETER DER JUGENDARBEIT BEACHTEN

Außerschulische Pädagogik ist geprägt von dem Leitgedanken, dass Kinder und Jugendliche Subjekte ihrer eigenen Entwicklungs- und Bildungsprozesse sind. Freiwilligkeit der Teilnehmenden, die Ausrichtung der Angebote an ihren Interessen und Bedürfnissen sowie ihre Beteiligung an der Ausgestaltung der Angebote sind pädagogische Grundgebote, um Selbsttätigkeit zu ermöglichen. Der dazugehörige Bildungsmodus ist „Aneignung“.

„Aneignung“, so Werner Lindner, „bezeichnet einen Erfahrungsprozess, in dem sich das Subjekt seine eigene persönliche Entwicklung als Aufgabe stellt und dafür auch die Zuständigkeit übernimmt.“ (2) Die Allgemeine Didaktikerin Renate Girmes bezeichnet diesen Vorgang auch als „sich selbst Aufgaben stellen“. (3) Sich Aufgaben stellen heißt: „Ich möchte, dass mir jemand zuhört, dass ich meine Ideen mitteilen kann, dass wir unsere politischen Interessen durchsetzen.“ „Ich möchte, dass unser Sportplatz saniert wird.“ „Ich möchte verstehen, welche Positionen die Parteien in meinem Bundesland zur Schulpolitik haben.“ Im besten Fall folgt dieser Aufgabenstellung die dann intrinsisch motivierte Suche nach Mitteln zur Erledigung. Zu politischen Bildungsprozessen wird das Ganze, sobald die Aufgaben das herrschaftsförmig formierte Gemeinwesen betreffen und wenn sie „dazu führen, sich selbst im Politischen zu verorten und auf diese Weise Zusammenhänge herzustellen“. (4)

Schon durch die konsequente Ausrichtung an den Bedarfen der Beteiligten ist politische Jugendbildung also nicht identisch mit einer Sozialisierungs- übung für brave Bürger_innen. Ihr geht es nicht vorrangig um den „Erwerb von Kompetenzen zum zivilgesellschaftlichen Handeln und die Einübung in die Praxis demokratischer Lebensführung und Politik“. (5) Politische Jugendbildung geht von vorhandenen Rechten und verfügbaren Kompetenzen aus, die allerdings Raum und Gelegenheit brauchen, verwirklicht und gezeigt zu werden. Sie versteht sich als „Freiraum für jugendliche Selbstbestimmung und Selbstorganisation“ (6), die es sich als „kritische“ politische Bildung auch nicht nehmen lassen will, Systemkritik thematisieren und üben zu können. Denn außerschulische politische Jugendbildung hat zwar einen gesellschaftlichen Normalisierungsauftrag, u.a. indem sie der Demokratie verpflichtet ist, aber sie ist auch parteilich, indem sie die Interessen von Kindern und Jugendlichen ernst nimmt und mit ihnen gemeinsam deren Gestaltungsmöglichkeiten auslotet. „Professionelle Autonomie drückt sich in der politischen Jugendbildung [...] in der reflektierten Auslegung – nicht in der Leugnung (und nicht in der unbefragten Übernahme, HB) – des eigenen

institutionellen Normalisierungsauftrags aus.“ (7) Diese Überzeugungen erhalten Rückhalt im SGB VIII und werden auch durch den so genannten Beutelsbacher Konsens der politischen Bildung nicht außer Kraft gesetzt.

POLITISCHE BILDUNG POLITISCH MACHEN

Wo dann „das Politische“ anfängt oder aufhört, entscheidet sich weniger an den Interessen der Kinder und Jugendlichen, denn deren (vor allem jugend-) politische Anschlussmöglichkeiten liegen meist auf der Hand. Es entscheidet sich an der Intention absichtsvoll arrangierter pädagogischer Settings. Dann ist es ein Unterschied, ob man politische Bildung primär als Anleitung zu sozial verträglichem Handeln versteht oder als Förderung kritischer Hinterfragung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, ob sie stehen bleibt bei sozialem Engagement, moralischer Verantwortung und individueller Kompetenzentwicklung oder ob sie auf „kollektives, machtbezogenes Handeln in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen“ (8) zielt. Auch die politische Dimension der vor allem von schulischer Seite beliebten Konflikttrainings, Streitschlichterprogramme oder medienpädagogischen Aufklärungsseminare entscheidet sich an eben dieser Zielstellung.

Einigt man sich auf einen kritischen, eine jugendliche Selbstbestimmung ernst nehmenden Begriff politischer Bildung, dann könnte was gehen in Sachen gemeinsamer Definition und Profilierung von Jugendverbänden, Trägern politischer Jugendbildung und allgemeiner Kinder- und Jugendarbeit. Es ist Zeit, diesen Schulterschluss zu üben. Und „üben“ ist dabei der richtige Modus, denn bisher ist man nur darin gut trainiert, sich gegeneinander abzugrenzen. Dann läge nicht nur „Team-“, sondern auch noch „Teen“-Spirit in der Luft.



DIE AUTORIN

Dr. Helle Becker ist Erziehungs- und Kulturwissenschaftlerin, Leiterin des Büros Expertise & Kommunikation für Bildung sowie Geschäftsführerin des Vereins Transfer für Bildung e.V.

(1) 15. Kinder- und Jugendbericht – Download:

www.bmfsfj.de/blob/jump/115438/15-kinder-undjugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf, S. 26 (zuletzt abgerufen am 11.04.2018)

(2) Werner Lindner: Arrangieren, Kohlhammer, Stuttgart 2014, S. 24

(3) Renate Girmes: [Sich] Aufgaben stellen, Kallmeyer, Seelze 2004

(4) Achim Schröder: Politische Jugendbildung. In: Benno Hafener (Hg.): Handbuch außerschulische Jugendbildung. Grundlagen – Handlungsfelder – Akteure, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts. 2011, S. 175

(5) www.blk-demokratie.de (zuletzt abgerufen am 11.04.2018)

(6) Moritz Schwerthelm/Benedikt Sturzenhecker: Die Kinder- und Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII – Erfahrungsraum für Subjekt- und Demokratiebildung, 2016,

www.ew.uni-hamburg.de/einrichtungen/ew2/sozialpaedagogik/files/schwerthelm-

[sturzenhecker-2016-jugendarbeit-nach-p11.pdf](#) (zuletzt abgerufen am 10.04.2018)

(7) Heinz-Jürgen Stolz: *Zwischen Aktivierung und Normalisierung: Politische Jugendbildung in der Ganztagschule*. In: Helle Becker (Hrsg.): *Politik und Partizipation in der Ganztagschule*, Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts. 2008, S. 19f.

(8) vgl. Artikel Andreas Eis/Claire Moulin-Doos: *Prekäre Verantwortung zwischen Entpolitisierung und politischer (Selbst-)Steuerung: Verantwortungskonflikte in der Politischen Bildung*. *Soziale Systeme* 19 (2013/2014), Heft 2, S. 405–430

KOMMENTARE